



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1903

257 (6.6.1903) Mittagblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-103802](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-103802)

General-Anzeiger



Abonnement:
Tägliche Ausgabe:
70 Pfennig monatlich,
behalten 20 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag 2 Pfg. 50 Pf. pro Quartal.
Eingel. Nummer 5 Pfg.
Nur Sonntags-Ausgabe:
20 Pfennig monatlich,
behalten 10 Pf. durch die Post 25 Pf.
Inserate:
Die Colonne-Zeile ... 20 Pfg.
Kunstabzüge ... 25
Die Reklame-Zeile ... 60

(Babische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Leserzeit und verbreiteste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Ausnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Für unverlangte Manuskripte wird keinerlei Gewähr geleistet.

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“.
In der Postliste eingetragen
unter Nr. 3021.

Telephon: Direktion und
Druckerei: Nr. 841
Redaktion: Nr. 877
Expedition: Nr. 818
Filiale: Nr. 815

Nr. 257.

Samstag, 6. Juni 1905.

(Mittagsblatt.)

Professor Böhlting contra Pfarrer Rödel.

× 5. Juni.

Vor dem hiesigen Schöffengericht kam heute die Privatsache des Prof. Böhlting in Karlsruhe gegen den Pfarrer Rödel in Urloffen (der sog. Rappenprozeß) zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Oberamtsrichter Kaiser, als Zeugen waren geladen: Oberbürgermeister Dr. Wildens, Seibelberg und Seißl. Rath Wader-Jährigen, ferner Erz-bischof Räder, der jedoch nicht erschien, und sein Ausbleiben schriftlich damit begründete, daß er sich nicht verpflichtet fühle, einer Vorladung des Privatklägers Folge zu leisten. Der Vertreter Böhltings, R. Händel, beantragte Befristung des Erz-bischofs, da dieser ordnungsgemäß geladen sei und sich nicht eigenmächtig über die gesetzlichen Vorschriften hinwegsetzen dürfe. H. Händel, aus Freiburg, der Vertreter des nicht erschienenen Beklagten Pfarrer Rödel, widersprach diesem Antrag, da ein sachlicher Grund für die Ladung des Erz-bischofs nicht vorliege. Die Verhandlung des Erz-bischofs in Mannheim vom Sonntagstages steht fest; von einem planmäßigen Vorgehen der Katholiken gegen Böhlting unter Leitung der Kurie, wie Privatkläger annehme, sei keine Rede. Die Ladung des Erz-bischofs sei offenbar nur zu Sensationszwecken erfolgt. Es wird nun in die Verhandlung eingetreten. Das Substrat der Klage bildet ein Artikel im „Christl. Familienblatt“, das als Sonntagsbeilage für mehrere babische Centrumsblätter dient und von Pfarrer Rödel redigiert wird, vom 27. Juli 1902, in welchem Böhlting ein Mann genannt wird, der im amtlichen und außeramtlichen Schimpfen auf Rom und alle einschlägigen Themen die Meisterschaft in Süddeutschland bis zur Mainlinie behaupten wird, von dem man manchmal meinen könnte, es fehle ihm unter der Kappe; so ungeschickliche Ansichten, wie er sie habe, könne man ernünftigen Menschen kaum zutrauen.

Der Vertreter des Angeklagten gibt zu, daß Rödel den Artikel geschrieben hat. Es wird dann zunächst der Zeuge Seißl. Rath Wader aufgerufen, der Auskunft geben soll, ob die Behauptung des Verteidigers wahr sei, daß Böhlting als Eisenbahnreformer wiederholt im Landtag vorgeprochen habe und den Abgeordneten häufig gefallen sei. Wader gibt an, daß sich eine gewisse Jährlichkeit in verschiedener Weise gezeigt habe. Böhlting sei zu jeder Tageszeit während der Mannheimer Verhandlungen zu einzelnen Herren gekommen, insbesondere zu Wildens, der zu den weißbischäftigen Abgeordneten gehöre, und habe die Abgeordneten wiederholt in einer Weise in Anspruch genommen, daß man sich gewundert habe, warum er nicht hinausgewiesen wurde. Böhlting habe sich mit einer Jährlichkeit — man dürfte auch einen schärferen Ausdruck gebrauchen — in den Räumen der Kammer bewegt, wie wenn er Abgeordneter wäre, so daß man sich allgemein belästigt fühle und wiederholt Beschwerde geführt wurde. Er selbst (Wader) habe dem Regierungspräsidenten Land nachgeleitet, daß etwas frischen müsse. Vor: Hat man den Kläger in den Kammern als pöpstlich behandelt? Wader: Darüber hat man sich in Privatgesprächen wohl geäußert und geküßert. Man war auch manchmal erregt, aber es fiel die Meinung: Man darf es ihm nicht schwer antreiben, denn es ist bei ihm nicht Alles in Ordnung. Damit wollte man ihn aber nicht zu nahe treten, sondern ihn eher entschuldigen. Für gestrichelt hat ihn niemand erklärt, dazu fehlte die Unterlage. Vor: Ist seitens des Erz-bischofs oder der Kurie eine Direktive an die Geistlichkeit oder an die Centrumpresse gegeben worden, Herrn Böhlting nicht ernst zu nehmen, nachdem die prehlische Staatsanwaltschaft verurteilt hat? Wader: Das ist ganz undenkbar. Ich müßte in meiner Eigen-

schaft als Journalist, Geistlicher und Parteiführer davon Kenntnis besitzen. Die Meinung des Erz-bischofs in Mannheim (Konfetti) war eine Romenbemerker, nicht der Ausdruck einer systematischen Behandlung der Frage. Böhlting: Mir gegenüber wurde in der Kammer von keiner Seite eine Bemerkung über meine angebliche Jährlichkeit gemacht. Welche Abgeordneten haben sich dem belästigt gefühlt? Wader: Da bin ich in Unkenntnis. Ich persönlich wurde nicht belästigt, aber andere, welche, weiß ich nicht. Es ist anzunehmen, daß Wildens, der so viel Nachsicht geübt hat, später von Böhlting so heftig angegriffen wurde. Böhlting: Ich bin stets nur auf ausdrückliche Aufforderung eines Abgeordneten in die Kammer gegangen und habe nur ein Mitglied der Centrumsfraktion, den verstorbenen Abg. Reichert, gesprochen. Wader: Man konnte nicht annehmen, daß Böhlting eingeführt ist. R. Händel: War zur Zeit, als Böhlting einen offenen Vorstoß an den Kammerpräsidenten richtete, bei den Abgeordneten die Meinung verbreitet, daß Böhlting nicht ernst zu nehmen sei? Wader: Ja. Vor: Auf welcher Grundlage? Wader: Bestimmtes Material besaß keine Fraktion.

Heute Oberbürgermeister Dr. Wildens deponiert: Böhlting kam Anfangs der 90er Jahre sehr häufig in die Kammer und suchte für seine Eisenbahnfragen Propaganda zu machen. Naturgemäß kam er öfters zu mir, als dem Berichterstatter über das Eisenbahnverwaltungsamt. Ich habe ihm aber dies nicht übel genommen, trotzdem ich manchmal sehr lange in Anspruch genommen wurde. In der letzten Zeit sind wir auseinandergekommen, weil B. in einem Brief mich persönlich scharf angegriffen hat. Die Besuche Böhltings in der Kammer wurden wohl als Störung empfunden, aber man muß das als Abgeordneter eben in Kauf nehmen. Vor: Hat man Herrn Böhlting nicht als ganz normal angesehen? Dr. Wildens: Ich bedauere, über Privatgespräche Mitteilungen machen zu müssen. Es ist richtig, daß ab und zu drastische Äußerungen von Abgeordneten verschiedener Parteien über Böhlting gefallen sind. Aber diese Äußerungen fielen im Vertrauen auf gegenseitige Distanzen und daraus darf man keine Schlüsse ziehen. Daß sich eine gewisse communis opinio, daß B. geistig nicht normal sei, gebildet habe, kann heute nicht auf den Eid nehmen. Böhlting bestritt, daß er den Zeugen im Landtag längere Zeit in Anspruch genommen habe. Wildens bleibt insofern bei seiner Aussage. Einmal habe die Konferenz so lange gedauert, daß schließlich ein Kollege, um ihn loszubekommen, gesagt habe, eine Deputation wolle ihn (Wildens) sprechen.

Als eine Belästigung habe er aber den Besuch nicht aufgeföhrt. Es folgt nun die Verlesung der bekannten Zeitungsartikel, Broschüren und Gerichtsprotokolle, aus denen die Vertheidigung den Beweis für die Behauptung Rödels zu erbringen sucht. Die Widerklage Rödels stützt sich auf einen Artikel Böhltings in der „Mittelb. Nachr.“ vom 29. Juli v. J., in welchem mit Beziehung auf das „Christl. Familienbl.“ und Pfarrer Rödel gesagt wird: „Dadurch wird aber das Unheil, das sie angerichtet, das Gift, welches sie ihren Lesern gegen mich eingeschoben haben, nicht bekoben sein.“ Hat es je etwas Zeugnis gegeben, als diese schwarze Presse? Das Alles geschieht aber im Namen der Religion, des Christentums, der Kirche, der Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Bildung und Friedensliebe. Und hinter den meisten dieser Wälder steht ein Geistlicher. Und wir sollen uns und unser armes babisches Volk, welches derartige Seelsorge hat, dieser Gewalttherrschaft römischer Dummköpfe nicht zu erwehren suchen? Weiter nimmt der Beklagte Bezug auf den Vortrag, den Böhlting im März v. J. in München gehalten wobei er die Redakteure der Centrumpresse „Schwarze Teufel“ und „Schwarzen Rödel“ genannt haben soll.

Der Staatsanwalt wollte es zweifellos verhindern, daß ihn Jemand beobachtet, denn er packt jählings den Arm der Witwen, und indem er ihr durch ein Feigen-Strickweigen gebot, geriet er sie nach einer anderen Seite des Bungalows.

Kaum war die Frau mit ihrem Führer hinter der Ecke des benachbarten Gebäudes verschwunden, als auch schon der Paria leise wie eine Kage aus dem Säuppen herausschlüpfte und den Spuren der Weiden folgte. Er ging in kurzer Entfernung hinter ihnen her und kam mit ihnen in einer Art inneren Hofe an, der abgelegen und schwermüde ausfiel.

Hier blieb der Staatsanwalt stehen und ließ den Arm seiner Begleiterin los. Dann pflanzte er sich ihr gegenüber mit wilder und drohender Miene auf, in der Haltung eines Mannes, der gebieterisch eine Erklärung fordert.

Nachdem die Frau ihre Blide den Hof entlang hatte schweifen lassen, wie um sich zu überzeugen, daß kein unerwünschter Zuschauer da sei, begann sie zu sprechen, wobei heisse Thränen aus ihren Augen quollen. Meiner von den Weiden, die da miteinander verhandelten, hatte bemerkt, daß sich hinter ihnen ein Mann befand — der Paria — hinter einer Säule niederkauernd, kaum zwei Schritte von ihnen entfernt, so daß ihm nicht ein Wort ihres Gesprächs verloren gehen konnte.

Zweites Kapitel.

Eine Familienszene.

Der Staatsanwalt, den wir unseren Lesern noch nicht in ausreichender Weise vorgeführt haben nannte sich Rader. Als Sohn aus dem Bunde eines englischen Soldaten und einer indischen Frau, gehörte er der Klasse der Eurasier an, einer gemischten Rasse, die von den Engländern und orthodoxen Hindus gleicher Weise betrachtet wird, die der Verbredergilde, sowie den geheimen Gesellschaften ein hartes Kontingent liefert und deren Angehörige, mehr oder weniger aufwieglerisch gesinnt, auf der Halbinsel zahlreich vertreten sind.

Rader verlegte seine Abstammung nicht. Überglücklich wie seine Mutter, vereinte er in seiner Person alle Väter der beiden Rassen, die er gleichzeitig betrat. Sein Leben hatte hauptsächlich seinen

Nach einer kurzen Mittagspause begann das Plauder. Der Vertreter des Klägers, R. Händel, führte aus: Böhlting ist seit längerer Zeit der von der ultramontanen Presse am meisten gehasste Mann. Da man ihn mit geistigen Waffen nicht bekommen kann, so sucht man ihn mit moralisch verwerflichen Mitteln todzuschlagen. Im Vordereck der Gegner steht Pfarrer Rödel, der eigentlich von Amts- und Berufswegen zur christlichen Nächstenliebe verpflichtet ist, dessen Worte daher um so schwerer wiegen. Dieser benützt sein Organ, das Christl. Familienblatt, um Herrn Böhlting den Aufenthalt auf seiner Villa in Oberasbach zu verleben. Die infaminierte Stelle involviert zweifellos eine schwere Beleidigung. Der Wahrheitsbeweis, den die Vertheidigung zu erbringen sucht, sei schon begrifflich unmöglich; zudem aber hätte sich das Material lediglich auf die Berichte der ultramontanen Presse. Im Mittelalter wurden unbecommene Leute mit Degenprossen bestraft; heute werden sie von den Ultramontanen dem Rache der Racheherrschaft preisgegeben, man stellt sie als berüchtigt hin, weil man ihnen sonst nicht zutrauen kann. Darin liegt System, wie aus der Verhandlung des Erz-bischofs in Mannheim, die durch die ganze Centrumpresse lief, hervorgeht. Der Versuch Rödels, Herrn Böhlting als verrückt hinzustellen, wurde in der gemischten ultramontanen Presse des Landes aufs Schärfste verurteilt. Vor: Der Th. Händel, daß das Gericht den Antrag auf Unterbindung des Weiterzuges des Böhltings abgelehnt hat, geht ohne Weiteres hervor, daß das Gericht Herrn B. für geistig gesund hält. Die Widerklage beruht in Wesentlichen auf dem gleichen Gründen, die schon früher vom Gericht als nicht haltbar zurückgewiesen wurden. Die Äußerungen Böhltings in München sind dem durchaus unzuverlässigen Bericht eines ultramontanen Redakteurs entnommen. Auch wenn sie richtig wären, so hätte der Kläger doch das berechtigte Recht der Rache nicht überschritten, ganz abgesehen davon, daß ihn § 193 (Wohrung berechtigter Interessen) zur Seite steht und die Widerklage auch in materiell-rechtlicher Hinsicht unhaltbar ist. In vorliegendem Fall handelt es sich nicht um einen gewöhnlichen Beleidigungsprozeß, sondern es wurde ein ehrenhafter Mann, ein hochschulischer Professor in bodenlos gemeiner, systematischer Weise beschimpft. Es muß endlich einmal ein exemplarisches Beispiel statuiert werden, um so mehr, als Böhlting in seinem öffentlichen Ansehen schwer geschädigt wurde. Kaum kann es mehr Jemand wagen, öffentlich bespötteln, ohne von der ultramontanen Presse beschimpft zu werden. Es ist daher auch ein hervorragendes öffentliches Interesse vorhanden, daß solchen Freizeidereien ein Ziel gesetzt wird. Er beantragte eine empfindliche Strafe und Publikation des Urteils in einer Reihe von Zeitungen.

R. H. Händel sucht zunächst an der Hand Böhltingscher Schriften den Nachweis zu führen, daß B. tatsächlich im Schimpfen auf Rom und die katholischen Weiser ist. Er zitiert die bekannten Stellen aus der Canossaschrift, wobei aus dem Auditorium ein lautes Brabbel ertönt, was den Vorstehenden zu einer scharfen Rüge veranlaßt. Die Kampfesweise Böhltings lege nahe, daß es sich bei ihm um eine krankhafte Erregung handelt, mindestens daß er sich in Bezug auf katholische Angelegenheiten von unangehörigen Vorentscheidungen leiten lasse. Mehr wollte er nicht behaupten. Die Widerklage sei begründet, denn der Privatkläger hätte zu seinen Ausfällen keinen Anlaß.

Zum Schluss beendete Prof. Böhlting in weitestmöglicher Plauderei die Kampfesweise der ultramontanen Presse und nahm zugleich Gelegenheit, die Rülle Obier und Schulle, seinen Konflikt mit den Ministern v. Brauer und Bismarck (Schwindelaffäre), die Vorgänge in der Rechn. Hochschule und die Angriffe der Ultramontanen wegen der Canossaschrift herbeizuführen.

Nach achtstündiger Verhandlung erließ das Gericht folgenden Urteil: Pfarrer Rödel wird zu 25 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt. Prof. Böhlting wird von der Widerklage freigesprochen. Dem Antrag auf Be-

schwarzen Rieden, sein Scherz. Nur bei Tage hielt er sich in Kiosken auf und trönte im Bungalow dem schlaftrigen Wühlgänge. Vom Einbruch der Nacht an hätte man ihn vergeblich in seiner Fremdenherberge gesucht. Niemand hätte sagen können, nach welcher Richtung ihn seine Beine trugen, noch auch, welcher Lichtschreien und geheimnisvollen Tätigkeit er sich bis zum Morgen widmete.

Die Frau, die er in den inneren Hof des Bungalows gezerrt hatte, schlug ihren Schleier zurück und enthüllte dabei Büge von letzter Schönheit. Ihr ganzes Gesicht von mattschimmernder Blässe, ihre glänzenden Augen, wie in Verklärter gefasste schwarze Diamanten, leicht himmelwärts gerichtet, ihre juckenden und leicht beweglichen Nasenflügel, ihr Mund mit den leicht gekrümmten Lippen, roth wie überreifer Pfeffer. Alles jampelte sie zu einem charakteristischen, besonders reizvollen Typus der reinen Rasse der „Maharats“.

Die ihren schönen Leib einhüllenden Gewänder würden in ihrer ständigen Fremdartigkeit den Augen eines Minstlers wie absichtlich arrangiert erschienen sein, um dadurch den herausgehenden Reiz ihrer seltsamen Schönheit noch zu erhöhen. Die junge Frau trug ein hübschmüßiges Jäckchen, das nicht tiefer als bis zum Gürtel reichte. Entlang des Gürtels schlängelte sich ein „Sari“ aus schmiegligem Musselin, dessen äußerste Ende in malerischen Falten grazios über die Schulter zurückgeworfen war, soheerart an die „Chlamys“ der Diana von Babylon erinnernd.

Ihre Beine steckten in enganliegenden Seidenhosen, die bis hinunter zu den feinen, nackten, mit Spangen geschmückten Knöcheln reichten, bis zu den kleinen, garten Nüssen, die mit leichten, ringförmigen mit Glöckchen verzierten Sandalen besetzt waren.

Aber dieser ganze reizende Reiz war mit Staub bedeckt. Das ganze Gesicht der jungen Indierin schien von den Thränen, die ihre Augenhöhlen betrieft und geröthet hatten, förmlich verdeckt, die sammetten Wangen sahen wie angeschwollen aus.

*) Chlamys, griechisches Obergewand.

Der Fakir.

Von Nicol Meyra.

Eingig autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Bertha Fried.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Über der Bettler nahm sich nicht einmal die Zeit, die Geldstücke, die zu seinen Füßen rollten, aufzufaßen. Seit einigen Augenblicken war seine Aufmerksamkeit lebhaft in Anspruch genommen und seine Blide richteten sich unausgesetzt auf einen Ausbund intensiver Reizbarkeit hinaus ins Freie. Deshalb hatte er gleichfalls seine Schanstellungen so plötzlich unterbrochen, da wo sie am spannensten waren; darum blieb er auch die Blänigen brutal zurück, die sich um ihn herumdrängten und ohne auf ihre liebevollen und ehrfurchtigen Worte zu reagieren, schwang er sich aus dem Säuppen heraus.

Was hatte er denn draußen erblickt?

Während der geweihte Tischenpieler seine Hände mit erstaunlicher Virtuosität vorführte, hatte er dabei keineswegs unterlassen, Alles aufmerksam zu machen, was sich in der Umgebung des Bungalows ereignen konnte. Er sah plötzlich eine Frau in die Herberge einbringen, die vom Kopfe bis zu den Füßen in einen undurchdringlich dichten Schleier eingehüllt war, der ihre Büge und ihr Gewand vollständig verhüllte.

Nach Verlauf einiger Augenblicke hatten sich diese Frau und der Staatsanwalt miteinander entfernt. Sie sprachen lebhaft, wenn auch mit leiser Stimme, auf einander ein, und das Gesicht des Staatsanwalts schien im Bunde zu erglänzen. Was die Frau anbelangte, war ihre Haltung die einer demütigen Bittenden. Es machte den Eindruck, als ob ihre gefalteten Hände Mitleid erwecken wollten; ihre Arme krümmten sich in einer Geste der Verzweiflung.

Freiung des Erzbischofs hat das Gericht nicht stattgegeben, weil er auf Grund der Mittheilung Fehrbach's annehmen konnte, daß er der Ladung nicht Folge zu leisten habe. Das Urtheil wird im Ober- und Böhmer-Bote, im Christl. Familienblatt und in den Mittelbad. Nachr. publiziert.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 6. Juni 1903.

Die Ausschreitungen in Raibach

Am 24. Mai d. J., bei welchen ein Schuß auf das deutsche Konsul abgegeben wurde, waren gestern Gegenstand einer Interpellation im österreichischen Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident bemerkte, die Meldung von der Abgabe eines Schusses gegen das deutsche Konsul bestätigte sich. Dagegen ist die Meldung von drei abgegebenen Schüssen unbegründet. Wegen Theilnahme an den Ausschreitungen wurden mehrere Personen verhaftet, gegen sieben Personen wurden gerichtliche Untersuchungen eingeleitet. Der Ministerpräsident sprach sein tiefes Bedauern über die von allen Kreisen ohne Unterschied der Partei rückhaltlos verurtheilten Ausschreitungen aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das ernste Verhalten der Behörden, die Ruhe und die Ordnung aufrecht zu erhalten, die Unterstützung aller Besonnenen finden wird. Im weiteren Verlauf verhandelte das Haus über einen kroatischen Dringlichkeitsantrag, welcher die Regierung auffordert, die wahren Gründe der vom Ministerpräsidenten bewirkten Abweisung des kroatischen kroatischen und slowenischer Abgeordneter bei dem Kaiser darzulegen, sowie das Resultat einer förmlich durchgeführten Untersuchung über die Ausschreitungen in Raibach am 24. Mai bekannt zu geben und bei der ungarischen Regierung wegen Verletzung des Freischießens in Kroatien vorstellig zu werden. Horcic griff bei Begründung der Dringlichkeit den Ministerpräsidenten sehr heftig an wegen seiner jüngsten Erklärungen in dieser Angelegenheit und seiner Vermittelung zwischen den kroatischen Abgeordneten und der Krone, die die Kroaten zu gerechtfertigtem Widerstande zwänge. In Erwiderung auf die Ausführungen Horcic's zu der Begründung der Dringlichkeit des kroatischen Antrages erklärte Ministerpräsident v. Körber, die Regierung werde sich niemals zwischen die Krone und einen der vielen Völkern dieser Reichshälfte stellen, sobald es sich um heimische Fragen handle und verfassungsmäßig die Vorschriften eingehalten werden, die über die Verhältnisse der Krone gegen ein Vorgehen in Oesterreich erheben, wenn rechtlich bestehende Verhältnisse zwischen den Ländern der ungarischen Krone in Betracht kommen. Sonach sei die Stellung der Regierung gegenüber dem kroatischen kroatischen kroatischen Abgeordneten gegeben gewesen, zumal nicht so sehr geeignet sei, die Kroaten zwischen den beiden Reichen zu erweisen, als die Einmischung des einen in die inneren Angelegenheiten des anderen. Die gleichen Gründe verhinderten die Regierung, sich wegen der angeblich in Kroatien vorgekommene Verletzung des Freischießens mit der ungarischen Regierung ins Einvernehmen zu setzen. Dagegen sei die Regierung geneigt, nach dem Abschluß der beschleunigten Verhandlungen über die Ausschreitungen in Raibach dem Hause Mittheilung zu machen. Der Ministerpräsident glaubt, daß ihn der Vorwurf der Provokation nicht treffe, er habe lediglich unbegründete Angriffe gegen die gemeinsame Armee und die österreichischen Behörden abgelehnt. Die Angelegenheit sei als abgeschlossen anzusehen, da die kroatische Bevölkerung Oesterreich's völlige Besonnenheit bewahrte und die Ausschreitungen sich nicht wiederholt hätten. Der Sieg der Wählung, um den sich mehrere dalmatinische Abgeordnete durch den von ihnen erlassenen Rufus verdient machten, sei lebhaft zu begrüßen. (Anhaltender Beifall.) Nach längerer Debatte wurde der Theil des Antrages, welcher Mittheilung vom Ergebnis der förmlich eingeleiteten Untersuchung verlangt, angenommen, der Rest abgelehnt.

Die Wismartheiner Zoll-Konvention

Wurde gestern, wie aus Johannesburg berichtet wird, in den Parlamenten der südafrikanischen Kolonien zur Ratifikation eingebracht. Unter den in der Konvention vorgesehenen Zollsätzen sind folgende hervorzuheben: Der Zoll auf Bier soll 18 Pence für die Gallone plus 10 Proz. vom Werthe betragen. Die bestehenden festen Brantweinzölle bleiben unverändert mit Ausnahme der Zölle auf Spirituosen von mehr als drei Prozent und Proof, welches um einen Schilling für die Gallone erhöht wird. Außerdem wird von allem Brantwein ein Werthzoll von ein Prozent erhoben. Die übrigen Tariffätze zeigen nur geringe Erhöhung oder Herabsetzung gegenüber dem jetzigen Zustand. Eine besondere Liste führt eine Reihe Waaren an, welche, wenn sie außerhalb des vereinigten Königreichs hergestellt sind, einen Werthzoll von 2½ Proz. entrichten. Darunter befinden sich hauptsächlich Maschinen und Materialien zum Bau von Eisenbahnen, Straßenbahnen und Telegraphen. In einem ausgedehnten Verzeichniß zollfreier Waaren sind landwirtschaftliche Geräthe, Maschinen etc. enthalten. Vor den Waaren, die im Tarif nicht besonders aufgeführt sind, wird ein Werthzoll von zehn Prozent erhoben.

Der hinter der Säule lauernde Gouffain dachte übrigens kaum daran, den neuen Ankömmling zu bewundern; nur ein einziges Detail ihres Kostüms zog seine Aufmerksamkeit an, der Halm, ein kleines goldenes Amulett, das an einem Ketten um ihren Hals befestigt war.

Dieser Halm, ähnlich demjenigen, mit dem sich die Kriegermännchen schmücken und nur durch ein geringfügiges Unterscheidungszeichen den Augen der Eingeweihten kenntlich, wies darauf hin, daß das junge Weib der Klasse der „Devadasi“ angehörte, den gewöhnlichen Tänzerinnen, eine Art Vestalinnen, denen gewisse indische Sitten die Abtut ihrer geheimnißvollen Heiligtümer anvertrauen. In diesen Heiligtümern muß die Priesterin mit dem Einfluß ihres Lebens den Götzen überleben, und der Halm, den sie trägt, ist das Symbol ihrer mystischen Verbindung mit der gefährlichen Gottheit.

(Fortsetzung folgt.)

Wunderes Feuilleton.

Der Panamahut. Der diesjährige Sommer wird, wie ein englischer Dichter schreibt, obgleich im Zeichen des Panamahutes stehen. Daran ist nicht zu zweifeln, ein Blick in die Schaufenster der Hutläden beweist dies. Niemand hat man ferner Panamahüte zusammen gesehen und früher wird der Durchschnittsmann eher auf etwas Anderes verzichtet, als auf seinen modernen Hut. Bisherlos hat zu dem Hut des Panamahutes in England König Eduard den Anstoß gegeben. Nicht Alles, was den Namen Panamahut trägt, kommt von dort. Der Name bezeichnet eine Gattung und darf nicht wörtlich genommen werden; Panamahüte kommen sogar selten oder fast nie aus Panama. Meistens werden sie in südamerikanischen Städten angefertigt; die besten kommen aus Ecuador, und besonders die Städte Iquitos, Guayaquil und Santa Cruz sind wegen der reichlichen ihrer Fabriken berühmt, aber sie werden auch aus Porto Rico und anderen westindischen Inseln eingeführt. So werden auch aus Panama sehr feine Strohhüte gefertigt, die wahrhaftig fast überall als Panama gelten würden, obgleich sie am Orte als „Tipi-

Deutsches Reich.

* Mannheim, 5. Juni. (Der Anarchisten-Kongress), welcher während des Pfingstfestes dahier tagte, war, wie wir noch erfahren, sehr zahlreich besucht. Der Kongress hat u. A. beschlossen, daß in allen größeren Städten in Deutschland 3000000 in der Föderation revolutionärer Arbeiter errichtet werden sollen, um die Durchführung der Durchführung des Generalstreiks.

* Karlsruhe, 5. Juni. (Deutsche Kolonialgesellschaft) Im Laufe der Nachmittags-Sitzung der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde ein Antrag des Professors v. Siengel-München nach längerer Debatte angenommen, welcher dahin geht, eine Kommission zu ernennen, die sich mit der Bodenpolitik in unseren Kolonien befassen und für den nächsten Kongress einen Bericht vorbereiten soll. Ferner wurde beschlossen, für 1905 die Frage einer Kolonial-Gewerbeausstellung in Erwägung zu ziehen. Für den nächsten Versammlungsort wurde Stettin gewählt. Dem am Abend im großen Saale der Festhalle veranstalteten Festmahle wohnten der Erbkronprinz, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, die Mitglieder des Kongresses, die Spitzen der städtischen und Militärbehörden bei. Morgen werden die Teilnehmer des Kongresses einen Ausflug nach Heidelberg unternehmen, wo ihnen zu Ehren eine Schloßbeleuchtung veranstaltet wird.

* Wiesbaden, 5. Juni. (Die Kaiserin fuhr nach ihrer Rückkehr) nach Wiesbaden direkt bei der Villa Germania vor, wo sie den seit längerer Zeit zur Kur hier weilenden Fürstlich Wied'schen Herrschaften einen Besuch abstattete. — Prinz Eitel Friedrich, Prinz Waldemar, der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, sowie Prinz und Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe führten beim König von Dänemark vor, um einen Besuch abzustatten. Da der König einen Spaziergang unternehmen hatte, gaben sie nur ihre Karten ab.

* Berlin, 5. Juni. (Besuch Waldersee's beim Jesuitengeneral) Die „National-Zeitung“ erklärt, daß der angebliche Besuch des Grafen Waldersee beim Kardinal Steinhilber im Jesuiten-Collegium aus der eigenen Initiative des Grafen Waldersee hervorgegangen ist und in keinerlei amtlichem Auftrage erfolgt ist.

Ausland.

* Italien. (In der Kammer) ereignete sich gestern ein mißlicher Zwischenfall, indem mehrere Sozialisten sich in feindlichen Auseinandersetzungen gegen den bevorstehenden Besuch des Papen in Rom ergingen. Auf eine Interpellation des Sozialisten Morgari, ob die Nachricht von dem Besuche des russischen Kaisers in Rom zutreffend sei, erwiderte Vercelli, es bestehe kein Zweifel darüber, daß der Besuch, den der König am russischen Kaiserhofe abgibt, hohe, vom Kaiser erwidert würde, der in Italien ein ebenso willkommener Gast sein werde, wie der König es in Petersburg gewesen sei. Das genaue Datum des Besuchs sei noch nicht mitgeteilt. Morgari erwidert, die Sozialisten müßten zu dieser Angelegenheit eine Erklärung abgeben. Die ausländischen Souveräne, welche nach Italien gekommen, seien von ihnen ohne irgendwelche Gegenübergebungen empfangen worden, weil sie konstitutionelle Monarchen seien. Das sei aber bei dem Besuche des Kaisers Nikolaus nicht der Fall, welcher seinem Volke noch keine Verfassung gewährte. (Unruhe und Lärm.) Morgari setzt hinzu, seit der Besuch des russischen Kaisers angekündigt sei, hätten Verhandlungen begonnen. Präsident Biancheri unterbricht Morgari und betont, daß die italienische Nation glücklich sein werde, das Oberhaupt der russischen Nation zu empfangen und daß die Stadt Rom ihm eine ihres Rufes als gastfreundliche Stadt würdige Aufnahme bereiten werde. (Lebhafter Beifall.) Saragani (Sozialist) unterbricht den Präsidenten und wird von ihm mehrmals zur Ordnung gerufen. Vercelli erklärt, welcher politischen Partei man auch angehört, so dürfe man doch nicht die Pflichten der Gerechtigkeit und Gutsfrömmigkeit verlassen. Italien werde den besuchten Souverän in würdiger Weise empfangen. Er lege gegen die Worte Morgari's Verwahrung ein. Es sei gewiß, daß die ganze Kammer, durch welche die Bestimmung der Nation vertreten werde, sich mit ihm in Uebereinstimmung befände. Die Kammer nahm diese Worte mit äußerst lebhaftem Beifall auf und ging dann zur Weiterberatung des Plattenantrags über.

— (Im Auftrage des deutschen Kaisers) überreichte der deutsche Militärattache, Major von Uelsh, dem kaiserlichen Chef des 15. Infanterieregiments das Modell der neuen Flinte.

* Afrika. (Das Kapparlament) wurde gestern durch den neuen Gouverneur eröffnet. In einer Rede sprach dieser seine Genugthuung über den Erfolg der auf Frieden und Versöhnung gerichteten Politik aus und theilte mit, daß die Berichte aus allen Theilen der Kolonie erkennen ließen, daß sich alle Theile der Bevölkerung wieder der stetig gewordenen Lebensweise hingeben. Er

„jenseitig“ bekannt sind, weil das Stroh von dort kommt und die dortige Rohreilmethode befolgt wird. Daher kommt es, daß man, wenn man in einem englischen Laden einen Zylinderhut fordert, einen Hut bekommt, der nicht aus Ecuador, sondern von Jamaica stammt. Dort findet man auch nicht selten Regier, deren Hute mehrere Pfund werth sind, und trotz des Wohlstands der Weizen, etwas zu tragen, was schon vorher ein Regier getragen hat, — besonders einen Hut, da der Regier sich den Kopf mit dem nicht angenehmen riechenden Lakord einreibt, — überwindet oft der Wunsch, einen schönen Panama zu besitzen, diese Bedenken. Die Mehrzahl der Jamaika-Panamas ist jedoch groß in der Qualität und kann nicht mit den anderen Arten konkurrieren, deren Faser gespalten wird, bis sie wenig größer als dieses Nadeln ist, wenn auch natürlich die Textur ganz anders ist. Wenn man von einem Panamafabrikanten spricht, so ist das eigentlich auch eine falsche Bezeichnung; denn der wirkliche Panamahut wird nicht aus Stroh gemacht, sondern aus einer Art Gras, das an den Herstellungsorten wächst, wenn manchmal auch sehr feine gepaltene präparierte Panamablätter genommen werden. Die Faser wird vor dem Gebrauch in Wasser eingeweicht und während des Webens feucht gehalten; feinere Arten werden unter Wasser geflochten, damit das Material biegsam bleibt, denn die warme trockene Luft der Tropen würde die Faser brüchig und rau machen. Ein Panamahut soll glatt und biegsam sein und so gewebt, daß er dem bloßen Auge ganz glatt erscheint, und die neu angelegten Fasern sollten so kurz abgeschnitten sein, daß sie bei der Verklebung nicht sichtbar werden. Zur Anfertigung eines solchen Hutes gebraucht ein geschickter Arbeiter ein halbes Jahr; man kennt auch Hute, deren Anfertigung zweimal so lange gedauert hat. Daraus erklärt sich leicht, warum echte Panamas theuer sind. Kleinere Kaufleute haben in diesem Jahr als Engrospreis für ein Duzend 1440 £ angekündigt, und die Händler haben sie meist theurer weiterverkauft. In London sind in diesem Jahr viele Hute für je 800 £ verkauft worden. Dieser Preis ist noch niedriger; denn König Eduard soll im vorigen Sommer für den besten Panamahut 1600 £ bezahlt haben. Mehrere Hute sind jedoch für 2000 £ verkauft worden, und Jean de Medise soll 2400 £ für seinen

hüte, in nächster Zeit die Wiedergabe der noch bestehenden geringen Freiheitsbeschränkungen empfehlen zu können. Chamberlains Reise trug wesentlich zu der gegenwärtigen Bewegung bei. Neben die Verhältnisse bezüglich der Wismartheiner Zollkonvention sagte der Gouverneur: Welche Meinungsverschiedenheiten auch bestehen mögen, er hoffe, daß vor den großen Vortheilen der Zollunion die einzelnen Bedenken zurücktreten würden; und daß das Parlament der Konvention zustimmen werde. Der Gouverneur forderte alle Theile der Bevölkerung auf, zusammenzukommen, damit die Kapitalisten der fähigende Staat in Südafrika werde.

Zur Wahlbewegung.

H. Berlin, 5. Juni. Nach Meldungen aus Breslau hat der Centrumskandidat Kroll seine Kandidatur im Reichstags-Wahlkreis Deutzen-Tarnowitz nicht zurückgezogen. In einer Zuschrift an die „Schlesische Volkszeitung“ erklärt Kroll, er sei treuer preussischer Staatsbürger und verurtheile die großpolnische Agitation. Er strebe aber danach, daß im oberschlesischen Volke die Muttersprache erhalten und die polnischen Kinder in der Schule den Religions-Unterricht in ihrer Muttersprache erhielten. — Im Wahlkreis Frankfurt a. O. hat der bisherige freisinnigste Abgeordnete Sacke zu Gunsten des freisinnigen Kandidaten Felsch seine Kandidatur zurückgezogen.

Der Berliner Börsenverband hat, einem gestern eingereichten Antrag gemäß, beschlossen, am 10. Juni, als dem Tage der Reichstagswahl, die Börse zu schließen. Ein gleicher Antrag ist auch an die Börsen Frankfurt, Hamburg und Breslau gestellt worden.

Der Gesangs-Wettstreit in Frankfurt a. M.

(Von unserem Korrespondenten.)

H. Frankfurt, 4. Juni.

Nachmittags 2½ Uhr begann das Wettstreiten der 4. Gruppe. Gesungen wurden außer dem Preischor vom Barmer Sängerkor „Nolands Horn“, von dem Solinger Liedertafel „Graf der Heimath“, der Würzburger Liedertafel „Kellers Schwannentanz“, vom Kasseler Liederverein „Tertium“, vom Wiesbadener Männer-Gesang-Verein „Nacht, schönes Glück der Erde“, vom Oberbarmener Sängerkreis in Barmen „Kaiser Karl in der Johanntsnacht“, desgleichen auch vom Berliner Lehrer-Gesangverein. — Das Preislied zeigte auch in den heutigen Darbietungen seine Schwierigkeiten und seine Klippen wurden nur von wenigen Vereinen glücklich umschifft. Besonderen Beifall erzielte der Wiesbadener Männergesang-Verein sowohl in dem Preislied, als auch mit dem Schubert'schen „Nacht, schönes Glück der Erde“. Auch der Oberbarmener Sängerkreis aus Barmen und der Berliner Lehrer-Gesang-Verein fanden stürmischen Applaus. Nachdem der Berliner Lehrer-Gesangverein gesungen hatte, trat der Kaiser vor die Rampe seiner Rolle und spendete ostentativen Beifall. Der Kaiser folgte auch Nachmittags mit seiner Schwägerin, der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen mit regem Interesse den einzelnen Wettgefangen und spendete wiederholt lebhaften Beifall. — Am besten haben heute Nachmittags der Berliner Lehrer-Gesang-Verein und der Wiesbadener Männergesang-Verein gefallen. Sie verstanden es vorzüglich, in die vom Komponisten beabsichtigte Auffassung des Preisliedes einzubringen, besonders die Berliner fanden großen Beifall, sie zeigten die hervorragende Schulung, die viele Lehrer-Gesang-Vereine auszeichnen. Auch der Kasseler Liedertafel verdient lobende Erwähnung. Ihm gelang besonders gut der selbstgewählte Chor „Tertium“ von Berlioz. Der Kaiser unterbricht sich während der Wettgefangen häufig mit dem kommandirenden General des 18. Armeekorps von Bindequitt, während die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen häufig mit dem kommandirenden Major sprach. Direktor Heinrich Jöllner-Leipzig hat bereits gestern Morgen dem Kaiser um seine Entlassung aus dem Preidichter-Kollegium gebeten. Sie wurde vom Kaiser sofort genehmigt. Die Ursache liegt, wie verlautet, darin, daß Jöllner gegen die Anordnung protestierte, die den Leipziger Sängern seiner Zeit verbot, den Preischor in einem Konzert kurze Zeit vor dem Sängerkongress vorzutragen. — Um 4 Uhr 35 Min. war der Wettgefang beendet und der Kaiser begab sich direkt zum Bahnhof und fuhr nach Wiesbaden zurück. Die Kaiserin und die Prinzen hatten sich bereits 2 Uhr 25 Min. nach Wiesbaden zurückbegeben.

Ueber den Preischor.

„Eingefangen nach der Baronschall“, Gedicht von Felix Dahn, Musik von Georg Mehner, verlautele schon vorher wenig Anklang. Wann hätte übrigens, so fragt mit Recht Otto Reiche in der „Köln. Zig.“, ein Preischor allen Anforderungen entsprochen, nämlich recht lauffähig und doch ein vollständiges Kunstwerk zu sein? Herr Mehner ist seines Zeichens Oberleutnant und ermangelt einer anständigen musikalischen Begabung nicht. Sein Chor selbst nur an zwei Stellen, erheben nicht recht sonbar zu sein und zweifellos fächerhafte Tonfolge aufzuweisen, und zweitens über die Sänger doch mehr harmonische Reklamationen aufzuweisen, denen eigentlich kein Verein, mit Ausnahme der Hannoverschen, entgegen ist. Mehner's Chor selbst mit einem Wort an einer Unkenntnis der Schreibart für

Panama gegeben haben. Der Präsident einer südamerikanischen Republik besitzt einen Hut, den er nicht für 8000 £ weggeben wollte, und ein von General Grant gebrauchter Hut kostete sogar das Doppelte. Diese Hute halten aber auch ewig und einige Leute in Westindien besitzen Hute, die ihren Vätern gehörten, wenn sie nicht noch weiter zurückgehen. Wenn ein schöner Panamahut zu Beginn jedes Sommers gereinigt wird, so er wieder wie neu. Ursprünglich hatten alle Panamas einen ziemlich flachen Kopf mit einer schmalen oder mäßig breiten Krempe, die sich ein wenig am Rande umzog, jetzt aber kann man die verschiedensten Formen erhalten. Am häufigsten findet man eine Form, deren Krempe so ist, daß sie gedogen werden kann und jeden gewünschten Theil des Gesichts beschattet. Diese Form wird auch viel von Damen zum Tragen auf dem Wasser gewählt. Frauen sind gerade jetzt sehr erpicht auf Panamas und wollen sie keineswegs den Männern allein überlassen. Die eleganteste Form in diesem Jahr ist wahrscheinlich „Bombay“ oder „Alpin“, eine Form, die König Eduard bevorzugt und im vorigen Jahr trug. Wo seine Hute angefertigt wurden, weiß ich nicht, nur die Firma, bei der sie gekauft wurden. Viele der werthvollsten Hute werden aber jetzt auch auf dem Kontinent angefertigt, besonders im Elsass, und die Elsass- und Lotharinger haben den Ruf, zu den besten der Welt zu gehören.

Die Wismartheinerbrennung in Indien ist seit vielen Jahren von der dortigen Regierung verboten, aber gelegentlich werden Panamas bekannt, die das Fortwachsen des grausamen Brauchs in einzelnen entlegeneren Bezirken des indischen Reichs beweisen. Schon aus dem Märchen von Tausend und eine Nacht ist die Sitte, daß in Indien die Frau sich auf dem Fußboden mit der Leiche ihres verstorbenen Gatten mit verheirathen lassen muß, bekannt; unter den Eingeborenen führt sie die Bezeichnung Sati. Das Sati ist also noch immer nicht ganz ausgerottet, und die Art, wie die eingeborene Presse in Indien darüber spricht, zeigt auch, daß das Volk noch immer mit heimlicher Sympathie an dieser furchtbaren Glaubensformel hängt. Die Verbrennung selbst ist freilich selten geworden, dagegen scheint, wie der indische Korrespondent des „Pancet“ berichtet, der Selbstmord der Wittwen auf andere Weise in Indien

Männergesang, die weder den Sängern Lust zum Einstudieren gemacht hat, noch den Hörern Lust am Hören bereitet. Man wird ein wenig irre an der Weisheit der Kommission, die über die Auswahl unter den Preisrichtern zu befinden hatte.

Der Rücktritt Böllners.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Der Rücktritt Professor Böllners von dem Preisrichteramt beim Frankfurter Sängerfest soll auf scharfe Meinungsverschiedenheiten mit den übrigen Kollegen zurückzuführen sein. Der Kaiser erklärte sich mit dem Rücktritt Böllners einverstanden. Es lag wurde nicht berufen. — Wie von anderer Seite verlautet, soll der Rücktritt von Böllner aus dem Preisrichterkollegium auf Differenzen mit dem Grafen Hochberg zurückzuführen sein.

Kaiserpriis.

Bei dem Frankfurter Gesangsvereintreffen hat, nach dem „Berl. Vol.-Anz.“, bis jetzt der Berliner Lehrer-Gesang-Verein nebst dem Berliner Männergesang-Verein die größte Anwartschaft auf den Preis.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 6. Juni 1903.

Die Vereinigung Mannheimer Detail-Kaufleute

Beschäftigte sich, wie man uns schreibt, in ihrer letzten Sitzung im Anschluß an ein vorangegangenes Referat eingehend mit der Robattgesellschaft, Patrimonium und dem Robatt-Markensystem überhaupt. Man war und blieb einig in der Beurteilung dieses Systems, in welchem man eine schwere Schädigung des kaufmännischen Publikums und einen erheblichen Schaden für das reelle Detailgeschäft erblickt. Selbst die wenigen Mitglieder, die ohne weitere Prüfung seiner Zeit der Gesellschaft beigetreten waren, pflichteten diesem Standpunkt durchaus bei und wollen aus der Sache ehestens wieder herauskommen. Das Referat und die anschließende Debatte ergaben volle Übereinstimmung der Ansichten aller Anwesenden und eine große Reihe sachlicher Gründe, aus denen die ungemeine Schädlichkeit der Robattgesellschaft für die Interessen der Geschäftswelt vor allem aber des Publikums hervorgeht. Es sollen nur einige der Gründe betont werden, um gelegentlich ausführlicher auf die Angelegenheit zurückzukommen. Nach dem heutigen Stand der Dinge und der ganzen Geschäftslage könnte gerade der Kleinhandel einen Robatt von 5 Proz. bei den meisten Artikeln nicht gewähren. Die Folge müßte und werde notwendigerweise sein, daß an der Wille oder Menge der Waaren eine Herabminderung, oder was dies möglich sei, bei der Normierung der Preise eine Erhöhung mit Rücksicht auf die notwendige Robattgewährung vorgenommen werde. Wo aber einmal ein Geschäft in diese unrentable Richtung gedrängt sei, gebe es ersparungsgemäß sein Geld mehr. So bilde sich vor allen Dingen eine schwere, Schädigung des kaufmännischen Publikums heraus, die um so schlimmer sei, als der Robatt nicht einmal in der Höhe gewährt werde, vielmehr sich das Publikum für seinen unverschuldeten Robattanspruch mit Gegenständen abfinden lassen müsse, die von einem Geschäftsmann, das bei der Sache einen Gewinn machen wolle, ausgetauscht und verkauft werden. Für den Detailkaufmann sei das Robattgeschäftssystem ebenso nachteilig, wie herabwürdigend. Will der Detailist Robatt geben oder für sich nehmen, oder durch das letztere das letztere erreichen, so könne er das in dem Maß und in der Art, wie es ihm gut scheint, sehr wohl selbst bewerten. Ganz überflüssig sei ein Unternehmen, das sich zur Erreichung eigener Vorteile zwischen Publikum und Geschäftswelt einschreibe, um sich zum Zwecke des eigenen Gewinns eine Einmischung in die Preis- und Robattbestimmung durch den Kaufmann anzumäßen. Bedenke man, daß bei solchen Robattgeschäften neben dem angebotenen Geschäftsgewinn auch die notwendigen Geschäftsausgaben für Ladenumstände, Ladenbedienende, Gehalt der Geschäftsführer, des Personals, der Agenten u. d. h., aus dem Robatt bestritten werden müßten, so zeige sich, daß der Detailist ein Geschäftsmann unterhalte, und fördere, daß ihm nur Schaden und geschäftliche Abhängigkeit bringe. Ganz hinfällig sei, wie die Erfahrung und einiges Randdenken lehre, die Annahme, als ob durch solche Unternehmungen das Robattgeschäft gegeben und das Publikum zu Spezialgeschäften zurückgeführt werde. Gerade in dem entscheidenden Punkt, wo es gilt, eine im Hinblick auf die Robattnotwendigkeit von vornherein bedachte Preissteigerung, oder Verbilligung von Quantität und Güte der Waare zu bewirken, verläge die Einrichtung und seien die Robattgeschäfte unbedingt schädlich. Es sei ein Verstoß, anzunehmen, daß durch die Zugabe eines Robatts zu einer solchen Gesellschaft der Geschäftsumsatz sich vergrößere. Je größer die Zahl der Teilnehmer, desto geringer sei der Gewinn der durch eine solche Einrichtung etwa bewirkten Melasse. Das könne sich jeder einsichtige Geschäftsmann an den Fingern abzählen. Gehe aber eine solche Gesellschaft dazu über, die Zahl ihrer Teilnehmer einzuschränken und gewisse Firmen auszuscheiden, so ergebe sich die Bildung von Gegenseitigkeitsvereinen oder Gegenvereinen ganz von selbst. Die Folge sei eine allgemeine Herabsetzung der Preise und eine Verschärfung und Erbitterung des Wettbewerbs, von der kein Teil Nutzen, sondern Geschäftsleute und Publikum gleichermaßen Schaden haben im Interesse des Geschäftsgewinns eines einzelnen Unternehmens, das sich Sparmaßregeln einrichtet, nennt, während es seiner Natur nach allenfalls zu Ausgaben verurteilt. So habe auch seinerzeit das sogenannte Hydrantensystem dem Käufer und dem Verkäufer große Vorteile verschafft. Während bei einiger Ueberlegung und nach Verlauf kurzer Zeit es für jeden klar wurde, daß beide Teile nur Schaden hatten. An der Art, wie die Patrimonium als Vertreterin dieses Systems hier auftritt, wurde besonders aufgeführt, daß nicht bekannt gegeben worden ist, wer der Geschäftsführer, wer die kaufbaren Geschäftsführer sind, daß die handelsgerichtliche Eintragung hier umgangen wird, daß die Gesellschaft hier nicht einmal ihren Sitz nimmt, so daß sie im Notfall auch nicht hier verklagt werden kann, daß das angebliche Stammkapital von M. 150.000 in gar keinem Verhältnis steht zu der angegebenen großen Anzahl von Filialen, alles Dinge, die wenig geeignet sind, Vertrauen zu erwecken und den Vertretungen des realen Detailhandels um so dringlicher Veranlassung geben, gegen das Robattmarkensystem mit allem Nachdruck vorzugehen.

Zeit wieder eine größere Ausdehnung gewonnen zu haben, oder zum mindesten bringen jetzt mehr Fälle dieser Art in die Öffentlichkeit. Abgesehen von, daß jede Witwe, die sich nach dem Tode ihres Mannes selbst umbringt, als eine Heldin vom Volk verehrt wird. Die Vorstellung, daß das Weib ihren Ehemann nicht überleben sollte, scheint noch immer tief im Volk zu wurzeln, und wahrscheinlich würde der alte Brauch der Witwenverbrennung, wenn die fremde Regierung wieder beseitigt würde, allgemein wieder aufleben. Angeblickt ist die Sitte aus einer religiösen Verurteilung begründet, aber es versteht sich von selbst, daß die britische Regierung es nicht zulassen kann, daß auf diese Weise unglückliche junge Menschenleben geopfert werden. Wenn sich die Hindus nicht selbst von solchen barbarischen Gebräuchen reinigen können, werden sie nie die Achtung gebührender und rechtlich denkender Menschen erwerben, und die Regierung wird Bedacht darauf nehmen müssen, auch den Selbstmorden unter den Witwen, die jetzt mehr an die Stelle der früheren Verbrennung zu treten scheinen, mit aller Energie entgegenzutreten.

Protestversammlung in der Neckarbrückenfrage

gegen die „Verschleppungspolitik in der Frage der Erbauung einer zweiten Neckarbrücke zwischen Neckarvorstadt und Jungbusch“.

so lautet der Titel der gestern Abend auf Veranlassung der gemeinsamen Vereinigung Vereine Neckarvorstadt und Jungbusch im großen Saale des Bernhards-Hofes stattgefundenen Versammlung. Man ging bei Anführung der Protestversammlung in der Annahme nicht fehl, daß dieselbe ein Pendant bilden sollte zu dem Vortrage über die zweite Neckarbrücke und ihre Bedeutung für den Verkehr der Stadt Mannheim, welchen der Vorstand des hiesigen Tiefbauamts, Herr Stadtbaurath Eisenlohr, vor 14 Tagen in der Turnhalle der Hildesheimer jenseits des Neckars hielt. Die gestrige Versammlung war sehr zahlreich besucht. Unter den Anwesenden befanden sich zahlreiche Mitglieder des Stadtraths und des Bürgerausschusses, sowie Herr Stadtbaurath Eisenlohr.

Herr Stadtbaurath Eisenlohr eröffnete die Versammlung und ergriff den Vorsitz. Er führte u. A. aus: Die Erbauung einer zweiten Neckarbrücke beschäftigt die Bürgererschaft jenseits des Neckars schon seit Jahren. Ich will nicht die früheren Vorgänge schildern, die alle in Ihrem Gedächtnis noch in Erinnerung sind, denn sie sind nicht angenehmer Natur. Als vor einigen Tagen in der Neckarvorstadt Herr Stadtbaurath Eisenlohr einen Vortrag gehalten und im zweiten Theile die Nothwendigkeit einer Ueberbrückung am Jungbusch nachweisen wollte, da habe ich gedacht, jetzt ist es an der Zeit, daß die Interessenten dagegen auftreten. Und ich habe gern, als mir das Referat für die heutige Protestversammlung angetragen wurde, dasselbe übernommen. Dadurch, daß er (Herrn) jetzt die Neckarbrücke eingeleitet sei, als er noch Mitglied des Stadtraths war, habe er sich nach oben mitleidig gemacht, und das sei auch der Grund mit, weshalb er zum Stadtrath nicht wieder berufen sei. Redner verweist sich gegen den Vortrags, daß er als Stadtrath indirekt gewesen sei. Der Vortrags sei falsch und unabweisbar; niemals habe er sich einer Indiskretion schuldig gemacht. Man habe ihm auch zum Vortrags gemacht, daß er die Stadt um 20.000 Mark geschädigt, weil er für Aufhebung der Wände der städtischen Beamten und Arbeiter eingetreten sei. Das sei wahr. Aber er rechne es sich zur Ehre an, daß dadurch diese Leute eine bessere Vergütung bekommen hätten. Redner sei, und mit ihm sein Freund Reisinger, zu energig gewesen, was die Mitleidigkeit im Gefolge gehabt hätte.

Schon seit langer Zeit werde an der Brücke gearbeitet, d. h. in Plänen. Es geschah dies schon, als Mannheim erst 53.000 Einwohner hatte, und das war im Jahre 1880. Damals sollte die erste Brücke kommen. Schon damals wurde die Nothwendigkeit der Brücke eingesehen. Jetzt hat unsere Stadt ohne die Rotarte 124.000 Einwohner, aber wir sind noch nicht weiter wie zur damaligen Zeit. Auch im Jahre 1895, als wieder ein Antrag von den Niederbühnen gestellt war, man möge eine neue Brücke erstellen, stellte sich der Stadtrath auf den Standpunkt, daß eine Brücke nicht notwendig wäre. Herr Oberbürgermeister Red beauftragte Herrn Stadtbaurath Eisenlohr, für eine Brücke am Jungbusch ein Projekt auszuarbeiten, welches 1896 fertig war. Unter den Sachverständigen befanden sich zwei Stadtraths. Der Eine, Herr Bernh, erkannte die Nothwendigkeit einer solchen Brücke, während der Andere, dessen Namen das Referat nicht nennt, den Vorstoß ablehnte, man möge sich wieder einmal mit dem Jungbühnenweg beschäftigen. Das Tiefbauamt habe sich damals gegen einen Jungbühnenweg ausgesprochen, da ein solcher dem Bedürfnis nicht entsprechen würde. Die Vollbrücke sei immer das Beste. Der neue Stadtrath von 1896 stellte sich in seiner Sitzung vom 1. Juni fast einstimmig auf den Standpunkt, daß die Frage der Erstellung einer Vollbrücke energig zu betreiben sei. Dem Referenten ist es persönlich vorgekommen, als er damals das Projekt gelesen und den Kostenüberschlag von 2.400.000 M. gesehen habe, als sollten die neuen Stadtraths abgelehnt werden. Der Kostenüberschlag für die damalige Zeit etwas hoch gegriffen gewesen. Es habe nunmehr die Kommode der Zerstörung begonnen. Redner kommt auf das Preisangebotsverfahren zu sprechen und berichtet sich ausführlich über die drei preisgekrönten Projekte „Eidel“, „Freie Bahn“ und „Neckarbrücke“, wovon das zweite vom Tiefbauamt dem Stadtrath zur Ausführung vorgelegt war. Auf die Schwierigkeiten, die die Preislich-Bestände Staatsbahn der Erbauung einer zweiten Brücke jetzt in den Weg stellt, zu sprechen kommend, äußert der Referent, man habe in der Stadtverwaltung immer erklärt, daß der erste Beamte akademisch gebildet sein muß, weil durch den Verkehr der Akademiker mit den Staatsbeamten schon mündlich viel leichter Schwierigkeiten als der Welt geschafft würden. Diese Wohlthat habe sich beim Brückenprojekt nicht gezeigt. Der Bau der Brücke ist nicht verschleppt worden, das kann man allemal nachweisen. Daß der Bau der Brücke nicht energig gefördert wurde, kann man dagegen nicht allemal nachweisen. Trotz der ungünstigen Ausrechnungen und statistischen Berichte, die über das Projekt der zweiten Neckarbrücke gemacht wurden, habe der Stadtrath in seiner überwiegenden Majorität beschlossen, daß die Jungbuschbrücke unbedingt und energig gebaut werde. Man habe zu Allem die Zustimmung, sogar zu einer Lokalbahn gegeben, um den Bau der Neckarbrücke nicht aufzuhalten. Der Bau der Brücke darf nicht verzögert werden; dies wurde im Stadtrath im vor. Jahr beschlossen. Der Jungbusch spielt eine Rolle; aber die Brücke muß auch voll ohne Staatszuschuß gebaut werden. Der Hauptverkehr der Jungbuschbrücke wird sich intensiver gestalten, als ausgerechnet ist. Daß der Hauptverkehr, von dem Herr Stadtbaurath Eisenlohr in früheren Jahren viel erwartet habe, ein schwacher ist, ist sehr einfach. Im Jahre 1893 war die allerniedrigste Depression; im Industriefahren wurde wenig fortgesetzt und zugeführt. Die Kaufleute hatten nichts zu thun. Es wurde hier auch festgestellt, daß vom Hauptverkehr nur der siebente Theil (von den Hauptwerken, die die Friedrichsbrücke befahren) die Jungbuschbrücke befahren werde. Früher habe das Tiefbauamt gesagt, daß der vierte Theil die Friedrichsbrücke entlaste. Auch im Jungbühnenverkehr ist die Entlastung der Friedrichsbrücke eine unbedingte Nothwendigkeit. Wenn die Stadtverwaltung eine neue Verbindung schaffe, so müsse eine Vollbrücke gebaut werden. Redner verweist auf den Denkschrift der Sachverständigen, wie diese sich über die Nothwendigkeit des Baues der Jungbuschbrücke ausgesprochen haben und aus der Industriefahrenschäre, wie rapid sich der Stadtrath Neckarvorstadt in den letzten 5 Jahren entwickelt hat. Der Stadtrath habe den Bewohnern die Brücke versprochen, deshalb sei er moralisch verpflichtet, die Brücke zu erbauen. Im Vertrauen darauf haben sich die Verkehrsverhältnisse geändert und heute führen sich Manche geäußert. Für die Erbauung einer Brücke ist auch heute noch im Stadtrath eine absolute Mehrheit vorhanden. Der Stadtrath, der Bürgerausschuß und sämtliche Parteien haben den Bau der Brücke versprochen. Es wird doch keine Partei in Mannheim sein, die Waghalsigkeit treibt? (Sehr laut und Beifall.) Die Versprechen gibt und nicht hält? Deshalb wird der Bürgerausschuß mit Unrecht seine Zustimmung geben und geht in ein schnelleres Tempo in der Brückenfrage einwilligen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Stadtbaurath Eisenlohr griff als Erster in die Debatte ein. Er führte aus, daß er in der Sache nicht zu entscheiden habe, sondern daß er lediglich als Beamter der Stadt seine Ansichten mittheile. Das sei seine Pflicht und Schuldigkeit. Wenn er von seinem Standpunkte als Ingenieur ausgehen wollte, so würde er sich freuen, wenn er so schöne Brücken wie möglich bauen könnte. Redner kommt sodann auf die Ausführungen des Referenten zurück, weist verschiedene Punkte ab und gibt ein Bild über die Thätigkeit der

Stadtverwaltung und des Tiefbauamts in der Neckarbrückenfrage in diesem Jahr.

Herr Josef Kuld bespricht die miserablen Verhältnisse im Industriefahren. Wenn die Berechnungen über die Rentabilität sehr zu wünschen übrig ließen, so müsse man darnach streben, daß man in Zukunft vom Industriefahren mehr zu erwarten habe. Die Nachschäre sei unzulänglich, im Winter habe man gar keine Verbindung. Die Brücke sei nicht nur ein Bedürfnis für die Arbeiter, sondern notwendig im Interesse der ganzen Zukunft Mannheims.

Herr Vogel erwidert auf die Ausführungen des Herrn Stadtbauraths Eisenlohr und erklärt, daß er seinen speziellen Vortrags dem Leiter des Tiefbauamts habe machen wollen, der als Beamter gern eine solche Brücke bauen würde.

Herr Stadtrath Hartmann führt aus, daß es nicht seine Absicht sei, von den gemachten Ausführungen irgend etwas zu widerlegen, sondern daß er nur Tatsachen konstatieren wolle. Redner hat die Ehre gehabt, dem Preisgericht anzugehören. Das Preisgericht sei einig gewesen in der Erkennung der beiden ersten Preise und auch darin, daß die beiden ersten preisgekrönten Projekte mit einigen kleinen Abänderungen durchführbar sind und alle Bedingungen erfüllen, die gestellt werden können an die Ueberbrückung des Neckars. Redner ist überzeugt, daß solche Versammlungen, wie die heutige, wo sich Interessenten zusammenfinden und ihrer Meinung Ausdruck geben, am Platze sind, da dadurch die Stadtverwaltung einen „Schub von unten“ bekommt. Redner bittet den Protest nicht nur an den Stadtrath zu richten, sondern auch an diejenigen Behörden, die der Stadt Mannheim nicht immer freundlich gegenüberstehen. Die Direktion in Mainz habe das neue Projekt von Herrn Stadtbaurath Eisenlohr angenommen und es liege nur noch die formelle Genehmigung von Berlin aus. Im Stadtrath sei in der gestrigen Sitzung lebhaft über die Angelegenheit gesprochen worden und man sei doch dort bewußt, daß Alles geschehen muß, die Genehmigung herbeizuführen. Redner schließt: Schauen wir vertrauensvoll in die Zukunft.

Herr Süßkind hofft, daß die Begeisterung für die Neckarbrücke länger anhalten wird, als wie die Wahl zum Reichstage.

Nachdem Herr C. v. Anselm einige Ausführungen beibringt, verliest er eine ihm zugegangene Resolution.

Herr Stadtrath Dürtenhöfer bittet die Resolution nicht anzunehmen, da sie ein Mißtrauensvotum gegen die Stadtverwaltung darstelle.

Nach weiteren Reden der Herren Stadtrath Dreesbach, Vogel und Anselm einigt man sich auf die einstimmige Annahme der nachstehenden Resolution:

„Die heutige im Bernhards-Hofe anwesende zahlreich besuchte Versammlung ist trotz den Ausführungen des Herrn Stadtbauraths Eisenlohr am 22. Mai überzeugt, daß sowohl die Stadtverwaltung als auch die Staatsbehörde den Bau der Jungbuschbrücke nicht mit dem Eifer betreiben, wie es im Interesse der beiderseitigen Stadttheile Jungbusch, Neckarvorstadt und des Industriefahrens dringend nöthig gewesen ist. In Erwägung, daß die mangelhafte Verbindung eine schwere wirtschaftliche Schädigung für dieselben in sich schließt, — ferner in Erwägung, daß die bestehende Nachschäre durchwegs unzureichend und unbillig geworden ist, verlangt die heutige Versammlung, daß nach den langjährigen Vorbereitungen endlich zur baulichen Ausführung der Brücke geschritten wird.“

* **Verleihung.** Der Großherzog hat dem Professor Dr. Rore Rosenberger an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe den Charakter als Hofrath verliehen.

* **Deutsches Koloniale Jagd-Ausstellung 1903.** Die Deutsche Koloniale Jagd-Ausstellung war am vergangenen Mittwoch zum ersten Male von einer beträchtlichen Anzahl ausländischer Gäste besucht, die von der Vergünstigung der Generaldirektion der Groß- und Staatsbahnen Gebrauch machten und ihre am Mittwoch gelieferten Fahrkarten in der Ausstellung durch Abnahme einer Reisekarte in Rückfahrkarten verwandelten. Dem ausländischen Besuch der Ausstellung wird diese Mittwoch-Entscheidung der Jagdpreise sehr zu gute kommen.

* **Der Normallehrplan für die hiesigen Volksschulen** wird zur Zeit an maßgebender Stelle einer Revidirung unterzogen. Der in Gebrauch stehende Lehrplan stammt noch aus dem Jahre 1869, und es steht außer Frage, daß derselbe weder den Bedürfnissen einer fortschreitenden Entwicklung auf allen Lebens- und damit Berufsgebieten, noch den Anforderungen eines seit Jahrzehnten an die Volksschule gestellten erziehenden Unterrichts und nur einigermaßen Rechnung zu tragen vermag. Hand in Hand mit einer Revidirung des Lehrplans geht eine solche der drei Theile des amtlichen Volksschullehrplans, für die der Landtag schon wiederholt namhafte Mittel bewilligt hat. Zu bemerken ist noch, daß die größten Städte sich in den letzten Jahren ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des derzeitigen Normallehrplans neue Lehrpläne aufstellen ließen, um mit den Forderungen der Zeit auf pädagogischem Gebiete einigermaßen Schritt zu halten.

* **Landständischer Ausschuss.** In Gemäßheit des Artikels 4 des Gesetzes vom 31. Dezember 1881 über die Verfassung und Verwaltung der Amortisationskasse und des Artikels 6 des Gesetzes vom 10. September 1842 über die Errichtung der Eisenbahnschuldensinkungskasse, ist der landständische Ausschuss vom 18. Juni d. J. einberufen, um die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung der Rechnungen der Amortisationskasse und der Eisenbahnschuldensinkungskasse für das Jahr 1902 vorzunehmen.

* **Ludwigshafener Gewerbe-Ausstellung 1903.** Die größte majestätische Stadt, die jüngste Stadt am Rhein, feiert in der zweiten Hälfte des Monats Juli das 50jährige Jubiläum ihres Bestehens. Bedeutende Festlichkeiten werden an diesem Anlaß stattfinden. Die eigentümliche aber aller dieser Veranstaltungen wird eine Gewerbeausstellung des Bezirks Ludwigshafen sein. Fast sämtliche Gewerbe werden dabei ausstellen. Da Ludwigshafen immer willig dem Zug der Zeit gefolgt ist, wird die Ausstellung zugleich das typische Bild der Entwicklung des deutschen südlichen Gewerbelebens überhaupt entrollen. Die Augen der Nachbarstädte werden sich in diesen Tagen nach Ludwigshafen richten und sehen, daß die Ausstellung auch den Städten ein Vorbild sein wird, der Feststadt selbst aber eine Ehre. Es ist Sorge dafür getragen, daß die Feste über die Ausstellung auf dem Laufenden gehalten werden.

* **Die Frage des Plantenbachbruchs,** die bekanntlich vor einigen Jahren gescheitert ist, scheint jetzt wieder neu aufgerollt zu werden. Wie schon in der vorhergehenden Sitzung des Bürgerausschusses angedeutet wurde, beabsichtigt ein Consortium den Ankauf der in den Durchbruch des engen Straßenthals zwischen D 5. und E 5, D 6 und E 6 fallenden Häuser, eine Angelegenheit, die durch die beschlossene Belegung des Leihhauses in das Leihhaus aktuell geworden ist. Wie wir nunmehr weiter hören, ist daselbst ein Consortium wegen des Ankaufs von Häusern in P 5 und P 6 mit den Eigentümern in Unterhandlung getreten, um auch den an den Straßenthals stehenden engen Straßenthall durchzubrechen. Hoffentlich verläuft dieses Mal die Sache nicht wieder im Sande, sondern wird einer glücklichen Lösung entgegengeführt.

* **Nachträgliche vom 7. Badischen Sängerbundesfest.** Ueber die Anzahl der mitwirkenden Teilnehmer beim Eröffnungsfest und dem großen Festkonzert am Pfingstmontag gehen die verschiedenen Berichte weit auseinander; thatsächlich sind bei beiden Veranstaltungen mehr denn — zweitausend Sänger auf dem Podium zu aktiver Thätigkeit vereinigt gewesen. Das finanzielle Resultat des Festes ist ebenfalls noch nicht zu über-

ARCHIVUM

Herm. Schmoller & Co



Ausnahme-Preise

Samstag, 6. Juni
bis incl.
Mittwoch, 10. Juni

Diese Waren werden an Wiederverkäufer nicht abgegeben.

Ein grosser **Seidenstoff-Reste** 75 Pfg.
Posten darunter Qualitäten regulärer Wert bis Mk. 3.50, zum Aussuchen Einheitspreis meter

Ein grosser **Seidenstoffe** Serie I 1,00 Serie II 1,50
Posten regulärer Preis bis Mk. 3.50 mtr. Mk. 1,00 Mk. 1,50

Seidene Blousenstoffe 95 Pfg.
gestreift in vielen Farben meter

Blousen-Neuheiten 28 Pfg.
Linen imitiert, mit modernen Bomben Meter

Eine **Damen-Halbhandschuhe** 15 Pfg.
Partie crème und weiss, Wert bis 50 Pfg. Einheitspreis zum Aussuchen Paar

Grosse **Damen-Strümpfe** 33 Pfg.
Posten mit doppelter Ferse und Spitze, echt diamantschwarz oder lederfarbig, englisch lang Paar

Grosse **Damen-Zwirn-Handschuhe** 25 Pfg.
Posten weiss, mit 2 Druckknöpfen Wert bis 60 Pfg., Einheitspreis zum Aussuchen Paar

Grosse **Damen-Strümpfe** 50 Pfg.
Posten aus vorzüglichem, kräftigen Baumwollgarn, „garantiert echt schwarz“ Wert 55 Pfg. Paar

Grosse **Damen-Zwirn-Handschuhe** 25 Pfg.
Posten durchbrochen mit 2 Druckknöpfen in vielen Farben Paar

Grosse **Damen-Strümpfe** 65 Pfg.
Posten aus feintädigem Baumwollgarn mit verstärkter Sohle und Hochferse, „echt diamantschwarz“, Wert 1 Mk. Paar

Grosse **Damen-Zwirn-Handschuhe** 28 Pfg.
Posten mit 2 Druckknöpfen beliebige Qualität, in vielen Farben Paar

Grosse **Herren-Normalsocken**, „reine Wolle“ 42 Pfg.
Posten mit verstärkter Ferse und Spitze Paar

Eine **Stickerei** 13 Pfg.
Partie bis 25 cm breit, zum Aussuchen Meter

Ein **Kissenbezüge** 48 Pfg.
Posten aus gutem Hemdentuch Stück

Ein **Kissenbezüge** 58 Pfg.
Posten aus vorzügl. Haus-tuch mit Einsatz Stück

Damen-Hausschürzen 23 Pfg.
aus echtfarbigen Siamosen, mit Spitzenbord Stück

Damen-Trägerschürzen 38 Pfg.
aus echtfarbigem Cretonne mit Besatz Stück

Damen-Zierschürzen 22 Pfg.
aus weiss gestreiftem Batist mit buntem echtfarbigem Besatz Stück

Damen-Hausschürzen 58 Pfg.
Siamosen mit Volant, Spitzenbord u. Cretonne-Besatz Stück

Damen-Trägerschürzen 50 Pfg.
aus einfarbigem Cretonne mit buntem Besatz, rot, blau oder mode Stück

Damen-Zierschürzen 65 Pfg.
aus echtfarbigem gebäumten Batist mit Valenciennespitze, hochelegant Stück

Eiseife 18 Pfg.
mit Zusatz von Hühnereiern Stück

Döringseife 12 Pfg.
Stück

Jrisseife 22 Pfg.
Stück

„Es ist erreicht“ 1,15
echt Baby Flasche Mk.

Buttermilchseife 17 Pfg.
Marke „Sennerein“ Stück

Lilienmilchseife 12 Pfg.
Stück

Kappus-Konkurrenzseife 15 Pfg.
St.

Kosmin 1,00
Original-Flasche Mk.

Grosse Posten
Weisse Wäsche

Damenhemden 40 Pfg.
aus Hemdentuch Stück

Damenhemden 1,08
aus gutem Hemdentuch, festnäht, Schulter geknüpft, Stück Mk.

Damen-Nachtjacken 60 Pfg.
aus Hemdentuch mit Spitze Stück

Damenhemden 80 Pfg.
aus gutem Hemden-tuch mit Spitze Stück

Damen-Hemden 1,50
aus vorzüglichem Hemdentuch, Schulter geknüpft, Handfeston Stück

Damen-Nachtjacken 78 Pfg.
aus weissom gestreiften Satin mit Spitze Stück

Damenhemden 95 Pfg.
aus sehr gutem Hem-dentuch mit reich ge-stickter Passe und vorzüglicher Spitze St.

Damenhosen 70 Pfg.
aus Hemdentuch mit Stickerei Stück

Damenhosen 95 Pfg.
aus Hemdentuch mit ausgeboigten Volant Stück

Emailwaren

Holzwaren

Bürstenwaren

Steingutwaren

Kochtöpfe 30 Pfg.
aus einem Stück gestanzt St. 55, 38, 30

Eierschränke 45 Pfg.
Stück 75 Pfg.

Lamperiebürsten 7 Pfg.
Stück 15 Pfg.

Speiseteller 3 Pfg.
glatt, tief und flach, Stück

Anhänge-Ringtöpfe 38 Pfg.
aus einem Stück gestanzt Stück 80, 60, 38

Gewürzschränke 28 Pfg.
Stück 75 Pfg.

Reisstrohbesen 23 Pfg.
Stück

Tassen 3 Pfg.
weiss, extra gross, Stück

Omelettepfannen 18 Pfg.
mit Stiel aus einem Stück gestanzt St. 35, 25, 18

Waschbretter 45 Pfg.
Stück 75 Pfg.

Handfeger 25 Pfg.
„reine Borsten“ Stück 40 Pfg.

Gewürztönnchen 10 Pfg.
creme, mit 5 verschie-denen Aufschriften St.

Nudelpfannen 20 Pfg.
mit Stiel oder Griff, aus einem Stück gestanzt St. 45, 30, 20

Garderobehalter 18 Pfg.
Nussbaum imitiert Stück 30 Pfg.

Handfeger 40 Pfg.
„echt Rosshaar“ Stück 70 Pfg.

Vorratsstollen 28 Pfg.
creme, mit 6 verschie-denen Aufschriften St.

Schüsseln 9 Pfg.
rund, weiss, aus einem Stück gestanzt, St. 25, 15, 9

Handtuchhalter 40 Pfg.
aus Hartholz, für Über-handtücher, Stück 58 Pfg.

Staubbesen 43 Pfg.
„reine Borsten“ Stück 78 Pfg.

Nachtöpfe 28 Pfg.
Stück

Kaffeekannen 38 Pfg.
mit Deckel St. 58, 48, 38

Triumpfstühle 1,70
Stück Mk. 3,00, 1,70

Staubbesen 98 Pfg.
„echt Rosshaar“ extra gross, Stück

Salatschüsseln 68 Pfg.
weiss, Satz 6 Stück 98 Pfg.

Gratis erhält jeder Käufer während der Aus-nahmetage bei einem Einkauf von 1 Mk. an solange Vorrat ein

Album von Mannheim mit 10 Ansichten.